Signatur: 2025.SR.0383
Geschäftstyp: Interpellation

Erstunterzeichnende: Shasime Osmani (SP), Dominique Hodel (SP)

Mitunterzeichnende: Laura Brechbühler, Barbara Keller, Dominik Fitze, Lena Allenspach,

Johannes Wartenweiler, Nadine Aebischer, Chandru Somasundaram, Gourab Bhowal, Helin Genis, Valentina Achermann, Monique Iseli, Judith Schenk, Nora Krummen, Szabolcs Mihàlyi, Meh-

met Özdemir, Bernadette Häfliger

Einreichedatum: 20. November 2025

## Interpellation: Stand und Weiterentwicklung der Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Stadt Bern

## Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- 1. Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle Umsetzung der Istanbul-Konvention auf städtischer Ebene, insbesondere bezüglich Prävention, Schutz und Unterstützung?
- 2. Welche Formen der Zusammenarbeit bestehen heute zwischen der Stadt Bern, dem Kanton Bern, lokalen Fachstellen und NGOs im Bereich häusliche Gewalt und Istanbul-Konvention?
- 3. In welchen Bereichen sieht der Gemeinderat Optimierungs- oder Koordinationsbedarf?

## Begründung

Die Istanbul-Konvention ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Sie ist das erste rechtlich bindende internationale Abkommen, das Staaten verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen, um Gewalt gegen Frauen vorzubeugen, Opfer zu schützen und Täter zu verfolgen. Die Schweiz hat das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Jahr 2017 ratifiziert. Am 28. Oktober 2025 veröffentlichten verschiedene NGOs ihren Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Schweiz. Die Ergebnisse sind besorgniserregend: Noch immer gelingt es der Schweiz nicht, die Verpflichtungen aus der Konvention vollständig umzusetzen. Diese ungenügende Umsetzung hat schwerwiegende Folgen - sie gefährdet das Leben und die Sicherheit vieler Frauen und Mädchen. Als grösste Stadt des Kantons Bern und als Bundesstadt trägt die Stadt Bern eine besondere Verantwortung. Der städtische Aktionsplan Gleichstellung ist das zentrale Instrument, um strukturelle Ungleichheiten und geschlechtsspezifische Gewalt aktiv anzugehen. Der aktuelle Aktionsplan endet bald - ein Jahr vor dem Start eines neuen Zyklus (2027-2029). Gerade jetzt ist es dringend, eine kritische Evaluation des bisherigen Gleichstellungsplans im Hinblick auf die Istanbul-Konvention vorzunehmen: Wo stehen wir? Was hat funktioniert, was nicht? Nur auf dieser Grundlage können neue, wirksame Massnahmen entwickelt werden.